

Niederschrift

über die 15. Sitzung des Ausschusses für Bildung, Schule und Integration am Mittwoch, dem 11.09.2024 im großen Sitzungssaal des Kreishauses I, Friedrich-Ebert-Straße 7, 48653 Coesfeld

Beginn: 16:30 Uhr

Ende: 18:40 Uhr

Anwesenheit:CDU-Kreistagsfraktion

Bolte, Rainer  
Danielczyk, Ralf  
Pohlmann, Franz Vertretung für  
Herrn Hans-Peter Egger  
Schulze Esking, Werner Vertretung für  
Frau Anneliese Haselkamp  
Lütkecosmann, Josef  
Gochermann, Josef, Prof. Dr. Vertretung  
für Herrn Valentin Merschhemke  
Willms, Anni Vertretung für  
Herrn Michael Merten  
Mondwurf, Günter  
Schnittker, Alois s.B.  
Wenning, Thomas, Dr.  
Wobbe, Ludger

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Kreistagsfraktion

Oertel, Waltraud  
Raack, Mareike  
Vogelpohl, Norbert  
Volkhardt, Lotte s.B.  
Wiederkehr, Rolf s.B.

SPD-Kreistagsfraktion

Ley, Claudia  
Postruschnik, Anja s.B.  
Schäpers, Margarete **Vorsitzende**  
Vogt, Hermann-Josef

FDP-Kreistagsfraktion

Schäfer, Sabine

UWG-Kreistagsfraktion

Kehrmann, Barbara s.B.

FAMILIE-Kreistagsfraktion

Schmitz, Wilfried  
s.B.

Vertreter der ev. Kirche

Hirse Korn, Dirk

Teilhabebeirat (beratend)

Bünder, Doris

Vertretung der Verwaltung

Schütt, Detlef  
Mohring, Wilfried  
Blair, Felix zu TOP 2  
Volmer, Louis zu TOP 2  
Bartke, Pia zu TOP 3  
Außendorf, Johanna Schriftführerin

Gäste (öffentlicher Teil)

Sonderschulrektor Hessing  
Schulleiter der Pestalozzischule  
Sonderschulkonrektorin Heyart  
Stellv. Schulleiterin der Steverschule  
Sonderschulrektorin Marre  
Schulleiterin der Petr-Pan-Schule  
Sonderschulrektorin Willems  
Schulleiterin der Steverschule

Die Ausschussvorsitzende Margarete Schäpers eröffnet die Sitzung des Ausschusses für Bildung, Schule und Integration mit Grußworten an die Ausschussmitglieder, die Vertreter der Verwaltung, die Presse und die Zuhörer.

Sodann stellt die Ausschussvorsitzende fest, dass der Ausschuss

- a) ordnungsgemäß geladen und
- b) gem. § 34 KrO i. V. m. § 41 KrO beschlussfähig ist.

Es wird sodann nach folgender Tagesordnung beraten und beschlossen:

#### Tagesordnung:

#### Öffentlicher Teil

- 1 Bestellung einer Schriftführerin  
Vorlage: SV-10-1276
- 2 Aktueller Stand der Umsetzung des Case Management (Modul II im Kommunalen Integrationsmanagement KIM)  
Vorlage: SV-10-1289
- 3 Sachstandsbericht Betreuung Geflüchteter  
Vorlage: SV-10-1287
- 4 Statistik sonderpädagogische Förderung im Kreis Coesfeld 2023/24  
Vorlage: SV-10-1288
- 5 Räumliche Unterbringung der Förderschulen des Kreises Coesfeld am Standort Dülmen  
Vorlage: SV-10-1277
- 6 Antrag der FDP Fraktion zur Sitzung des Ausschuss für Bildung, Schule und Integration am 11.09.24  
Vorlage: SV-10-1312
- 7 Mitteilungen der Ausschussvorsitzenden bzw. des Landrates
- 8 Anfragen der Ausschussmitglieder

#### Nichtöffentlicher Teil

- 1 Mitteilungen der Ausschussvorsitzenden bzw. des Landrates
- 2 Anfragen der Ausschussmitglieder

Im **öffentlichen Teil** erfolgen keine Mitteilungen der Ausschussvorsitzenden bzw. des Landrates.

Im **nichtöffentlichen Teil** erfolgen keine Mitteilungen der Ausschussvorsitzenden bzw. des Landrates und keine Anfragen der Ausschussmitglieder.

**TOP 1 öffentlicher Teil**

SV-10-1276

**Bestellung einer Schriftführerin****Beschluss:**

Zur Schriftführerin des Ausschusses für Bildung, Schule und Integration wird Frau Pia Hommel bestellt.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja:	23
Nein:	0
Enthaltung:	0

**TOP 2 öffentlicher Teil**

SV-10-1289

**Aktueller Stand der Umsetzung des Case Management (Modul II im Kommunalen Integrationsmanagement KIM)**

Vors. Schäpers begrüßt zu diesem TOP die Mitarbeiter des Kommunalen Integrationszentrums, Herrn Volmer und Herrn Blair, die gemeinsam mit dem Abteilungsleiter Herrn Mohring die Power-Point-Präsentation „Umsetzung des Kommunalen Integrationsmanagements im Kreis Coesfeld“ vortragen. Die Präsentation ist der Niederschrift beigelegt und kann im Kreistagsinformationssystem abgerufen werden.

Vors. Schäpers fragt, wie man mit der Sprachbarriere klarkomme. Dazu teilt Herr Blair mit, dass man für die Beratungstermine auf den Sprachmittlerpool des KI zugreifen könne.

Zur Frage von Mitglied Wiederkehr nach dem Anteil des Ehrenamts antwortet Herr Volmer, dass dieser abhängig von den Kommunen sei; im Großteil der kreisangehörigen Städte und Gemeinden gebe es Ehrenamtliche, diese seien nach 2015 stark eingestiegen. Generell sind sie wichtige Akteure in der Arbeit in Sachen gesellschaftlicher Teilhabe und bei der Unterstützung im Alltag. Die Zusammenarbeit variere je nach Aktivität in den Kommunen.

Zur Frage der Kostenverteilung und wie lange eine Finanzierung sichergestellt ist, erläutert Herr Mohring, dass das Kommunale Integrationsmanagement grundsätzlich von der Landesregierung als langfristiges Instrument gesehen werde. Die Bewilligung der Fördermittel erfolge jedoch jährlich neu und sei außerdem nicht zu 100 % auskömmlich.

Dez. Schütt ergänzt, dass es im Case-Management fast ausschließlich unbefristete Stellen gebe und dies ein starkes Signal sei und somit die Wichtigkeit betont und anerkannt werde.

Ktabg. Lütkecosmann erkundigt sich, ob Menschen mit multiplen Problemlagen direkt nach der Ankunft an das KIM Case Management (CM) verwiesen werden und ob eine Art 1:1-Betreuung durch das CM übernommen werde.

Herr Mohring erläutert, dass das KIM CS durchaus die Fallübersicht auch direkt nach der Ankunft übernehmen würde. Allerdings sei eine 1:1-Betreuung nie gegeben, da eine Vermittlung an weitere Hilfsangebote stattfinde.

Ktabg. Lütkecosmann vermutet einen hohen Dokumentationsaufwand, damit bei Beratungsfällen, die an andere Stellen weitergegeben werden, die Begleitung reibungslos klappen kann; hierzu teilt Herr Mohring mit, dass es bei solchen Fallsteuerungen sog. Stake-Holder in den Gemeinden gebe.

Ktabg. Mondwurf konstatiert, dass die Multiproblemlagen sehr herausfordernd für die Mitarbeitenden sein können und fragt, wie die Case-Manager/innen mit den psychischen Belastungen umgehen. Zudem stelle sich die Frage nach dem Stand eines bzw. des Sicherheitskonzeptes.

Herr Mohring berichtet, dass man sich an die Bewältigung der Vielzahl der Fälle auch nur herantasten könne. Dez. Schütt ergänzt, dass für die Beratungsteams und auch generell beim Kreis die Sicherheit der Mitarbeitenden ständig im Fokus stehe.

Zur weiteren Frage zur Abgrenzung zum Fallmanagement des Jobcenters und wo die Unterschiede in den Tätigkeiten liegen, antwortet Dez. Schütt, dass das Jobcenter die originäre Verantwortung für Vermittlung in den Arbeitsmarkt habe.

Das Casemangement hingegen ist Lotse in Multiproblemlagen und verweist bei Arbeitsvermittlung ans Jobcenter. Konzeptionell erfolge eine enge Zusammenarbeit zwischen Casemangement und Fallmanagement des Jobcenters. So säßen die Teams zum Teil zusammen in Räumlichkeiten in Lüdinghausen, Dülmen und Coesfeld.

Da für institutionsübergreifende Zusammenarbeit eine systematische Dokumentation der Fallarbeit notwendig sei, fragt Ktabg. Bolte, ob denn die Dokumentation trotz Datenschutz gelingen könne.

Hierzu führt Herr Mohring aus, dass dies unter Hinweis auf die KIM-Datenbank geschehe und man sich die entsprechenden Datenschutzerklärungen unterzeichnen lasse.

### **TOP 3 öffentlicher Teil**

SV-10-1287

#### **Sachstandsbericht Betreuung Geflüchteter**

Dezernent Schütt erläutert in aller Kürze die aktuellen Zahlen zur Situation der Geflüchteten im Kreis Coesfeld im Bezug von AsylbLG - und SGB II – sowie SGB III - Leistungen.

Die Präsentation ist der Niederschrift beigelegt und kann im Kreistagsinformationssystem abgerufen werden.

Ktabg. Lütkecosmann fragt, ob eine Beschäftigung auch möglich wäre, wenn der Sprachkurs noch nicht beendet worden sei. Dez. Schütt antwortet, dass Personen in Sprachkurse vermittelt und im besten Fall möglichst auch der Kontakt zu Betrieben hergestellt werde.

Zu seiner weiteren Frage, ob die Anzahl der Beschäftigten der geflüchteten Ukrainer bekannt sei, führt Dez. Schütt aus, dass die Zahlen aufgrund der hohen Fluktuation nicht greifbar seien.

Zur Frage von Ktabg. Vogt, ob man wisse, welchen Beruf die Geflüchteten haben, teilt Dez. Schütt mit, dass man sich nicht auf etwaig vorgelegte Zertifikate verlassen wolle, sondern dies inzwischen von den Statistiken abgefragt werden.

Er schließt die Diskussion mit der Auskunft, dass die Warteliste für Integrationskurse in der Vergangenheit schon erheblich länger gewesen sei und führt das auf verbesserte Anstrengungen des BAMF zurück.

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

#### **TOP 4 öffentlicher Teil**

SV-10-1288

##### **Statistik sonderpädagogische Förderung im Kreis Coesfeld 2023/24**

Dez. Schütt erläutert einleitend, dass die Statistik zeige, wie sich die Förderschulen entwickeln. Er verweist zudem auf die aus Datenschutz vorgenommenen Rundungen. Zudem erklärt er, dass es neben den im Kreis beschulten Kindern auch Auspendler gebe.

Ktabg. Schäfer merkt an, dass es richtig und wichtig gewesen sei, für den Erhalt der Förderschulen gekämpft zu haben. Sie stelle aber auch fest, dass dort die Zahlen der Schülerinnen und Schüler (SuS) im Primarbereich deutlich heruntergehen. Der entscheidende Grund dafür sei, dass es mehr als schwierig sei, die Anerkennung des Förderbedarfs durchzubekommen. Auch bei vorliegenden Gutachten werde eine Eröffnung des Verfahrens nicht geprüft, das Schulamt lehne ab. Das Procedere werde schwieriger und die Kinder mit Förderbedarf sind da; diese Anmerkung sei ihr wichtig.

Auf die Frage von Ktabg. Wobbe, wer für die Auspendler bezahle, erläutert Dez. Schütt, dass dies – bezogen auf den Südkreis – zu Lasten des Kreises ginge. Die Summe belaufe sich auf ca. 90.000 € jährlich. Im Übrigen gelte grundsätzlich das Schulträgerprinzip.

Die Frage von Frau Bündler, ob die Privatschulen mit in der Statistik berücksichtigt seien, bejaht Dez. Schütt und verweist auf die Darstellungen der letzten Seite der Statistik.

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

#### **TOP 5 öffentlicher Teil**

SV-10-1277

##### **Räumliche Unterbringung der Förderschulen des Kreises Coesfeld am Standort Dülmen**

Dez. Schütt stellt neben der Sitzungsvorlage auch den am Vortag im Mobilitätsausschuss gefassten Beschlussvorschlag vor.

Sodann erläutert Ktabg. Schäfer die vorgeschlagene Änderung des Beschlussvorschlags.

Unter dem Aspekt der Renovierungsbedürftigkeit des Gebäudes der Peter-Pan-Schule hält Ktabg. Vogt es für wichtig, dass Schritte unternommen werden, um als Eigentümer einer Immobilie mitreden zu können. Daher habe die SPD-Kreistagsfraktion auch am Vortag zugestimmt.

Ktabg. Raack hält die Idee für sehr interessant und teilt mit, man wolle aus ihrer Sicht das gemeinsame Lernen fördern und befürwortet es, wenn auf dem Schulcampus neue Begegnungen geschaffen werden könnten.

Ktabg. Lütkecosmann betont die breite Einigkeit zu dem Vorschlag. Seine anschließende Frage, ob die beiden Förderschulen bei der Gelegenheit auch zusammengefasst werden können, wird von Dez. Schütt verneint; eine Zusammenlegung sei bislang vermieden worden und auch zukünftig nicht gewünscht.

Ktabg. Wobbe unterstreicht das Positive der Sitzungsvorlage und des Beschlussvorschlags und fragt, was in den 15 Millionen enthalten sei. Er lege großen Wert auf eine detaillierte Berechnung und eine vollständige Auflistung aller Kosten.

Ktabg. Vogelpohl ergänzt die Frage dadurch, ob die Investitionskosten ermittelt wurden.

Dez. Schütt erklärt die 15 Millionen damit, wie auch unter III. in der Sitzungsvorlage dargestellt, dass unter Berücksichtigung der aktuellen Gesamtmiete für die beiden Schulen mit Zinskosten von jährlich 400.000 € und einem angenommenen Zinssatz von 2,7 % ein Gesamtbetrag von rd. 15 Mio € für einen möglichen Neubau finanziert werden könne.

Er erläutert weiter, dass man zur Frage einer Kostenaufstellung noch lange nicht so weit sei; auch die Investitionskosten seien bislang nicht bekannt. Der Mietvertrag für die Peter-Pan-Schule laufe noch bis 2027, danach sollte man mit der Stadt Dülmen nach einer Übergangslösung suchen.

Dez. Schütt betont, dass diese Sitzungsvorlage samt Beschlussvorschlag ein allererster Aufschlag dafür sei, in Abstimmungsgespräche mit der Stadt Dülmen zu gehen und die dargestellten Kosten ein Hinweis darauf, dass es sich lohne könne, darüber nachzudenken. Hier wolle die Verwaltung die Politik frühzeitig auf eventuelle Möglichkeiten hinweisen und in den Gedankenprozess einbeziehen.

Sowohl Ktabg. Schäfer als auch Ktabg. Vogt möchten bei aller positiven Stimmung die Euphorie bremsen und sehen es als große Hürde, 1.-Klässler und 10.-Klässler zusammen zu setzen, da dadurch auch Probleme auftreten können. Frau Marre schließt sich dieser Meinung ebenfalls an, da sie aus Erfahrung wisse, dass ein gemeinsamer Schulhof für ihre kleinen Schülerinnen und Schüler sehr wohl schwierig sei und sie einen geschützten Raum benötigten.

Herr Hessing betrachtet es aus schulischer Sicht als Segen, wenn der Kreis auch Eigentümer der Immobilie ist. Zudem sieht er viele Synergieeffekte, wie z.B. mit der Musikschule – das funktioniere gut. Er ist der Meinung, dass sich das Problem des gemeinsamen Schulhofs mit baulichen Maßnahmen lösen lassen können müsste. Ferner würde er perspektivisch mitdenken, einen 2. Schulort aufzugeben und ganz nach Coesfeld oder Dülmen umzusiedeln.

Dez. Schütt weist abermals darauf hin, dass man hier einen Schritt zurückgehen müsse, da der Punkt der konkreten Umsetzung noch nicht auch nur ansatzweise erreicht sei.

Sodann lässt Vors. Schäpers über den – entsprechend des Vorschlags aus dem am Vortag im Ausschuss für Mobilität, Infrastruktur und Kreisentwicklung gefassten – geänderten Beschlussvorschlag abstimmen.

### **Beschluss:**

Dem Kreisausschuss wird empfohlen, dem Kreistag folgenden Beschlussvorschlag zu unterbreiten:

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob ein Verbleib der beiden Förderschulstandorte in Dülmen in den bisher angemieteten Räumlichkeiten dauerhaft auch in wirtschaftlicher Sicht sinnvoll ist, oder ob eine Verlegung und Neubau der Förderschulen in den von der Stadt Dülmen geplanten Schulcampus oder einen anderen Standort in der Stadt Dülmen vorzugswürdig ist. Die Ergebnisse werden sodann den Gremien vorgestellt.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Ja:	18
Nein:	0
Enthaltung:	5

### **TOP 6 öffentlicher Teil**

SV-10-1312

#### **Antrag der FDP Fraktion zur Sitzung des Ausschuss für Bildung, Schule und Integration am 11.09.24**

Vors. Schäpers bittet Ktabg. Schäfer um Ausführungen zum vorliegenden Antrag.

Ktabg. Schäfer erläutert, dass sie in erster Linie die Informationsarbeit der Schulen vor anstehenden Wahlen für die Schülerinnen und Schüler (SuS) unterstützen möchte. Dabei bezieht sie sich auf das Beispiel aus Senden, wo in der Steverhalle immer Veranstaltungen stattfinden, bei denen gut vorbereitete Schülerinnen und Schüler den Parteien im direkten Austausch gute Fragen stellen können.

Sie wolle es gerne offene gestalten und richte daher die Bitte an die Verwaltung, in den Schulen als Beitrag zur Demokratiebildung Podiumsdiskussionen stattfinden zu lassen.

Nach Meinung von Mitglied Volkhardt steht und fällt die Information der SuS mit dem Engagement der Lehrerinnen und Lehrer. Sie bewertet den Beschlussvorschlag der Verwaltung als clever, dass seitens der Verwaltung die Berufskollegs des Kreises zur Organisation von Podiumsdiskussionen ermuntert werden.

Ktabg. Vogelpohl fragt, warum die Lehrkräfte Unterstützung bräuchten und äußert seine Zweifel.

Es entsteht eine Diskussion um die Definition „große Parteien“ und Abgrenzung „demokratische Parteien“, Eingriffe in die Schulorganisation, rechtliche Befugnisse der Verwaltung bei u.a. parteipolitischen Veranstaltungen in Schulen, und weitere mögliche Themen zur Vorbereitung und Durchführung von Podiumsdiskussionen. Ktabg. Schäfer betont, dass es in ihrem Antrag an die Verwaltung darum gehe, was rechtlich möglich sei und was nicht – nicht mehr und nicht weniger. Der Umfang der Diskussion überrasche sie.

Während eines weiteren, kontrovers geführten Meinungsaustausches aus dem Plenum mit Ktabg. Schäfer stellt Ktabg. Danielczyk gemäß § 13 Abs. 3 Geschäftsordnung des Kreistages des Kreises Coesfeld den Antrag, die Debatte durch Wortentzug zu beenden. Vors. Schäpers entspricht seinem Antrag.

Vors. Schäpers stellt fest, dass zunächst über den geänderten Beschlussvorschlag der FDP-Kreistagsfraktion abzustimmen sei.

**Beschluss:**

Die Verwaltung wird beauftragt die kreiseigenen Berufskollegs darin zu unterstützen, im Vorfeld von Landtags-, Bundestags- und Europawahlen Podiumsdiskussionen mit den Kandidaten der demokratischen Parteien zu organisieren.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja: 5

Nein: 18

Enthaltung: 0

Damit ist der Antrag abgelehnt.

Sodann lässt Vors. Schäpers über den Beschlussvorschlag der Verwaltung abstimmen.

**Beschluss:**

Die Verwaltung ermuntert die kreiseigenen Schulen, im Vorfeld von Landtags-, Bundestags- und Europawahlen Podiumsdiskussionen zu organisieren.

Bezüglich der Vermittlung von Kontakten würde die Verwaltung den Schulen dabei selbstverständlich zur Verfügung stehen.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja:	22
Nein:	0
Enthaltung:	1

**TOP 8 öffentlicher Teil****Anfragen der Ausschussmitglieder**

1. Ktabg. Wobbe erkundigt sich nach dem Sachstand der potenziell möglichen Bildungsgangerrichtung FOS Polizei. Dez Schütt teilt mit, dass sich das Richard-von-Weizsäcker-Berufskolleg

seinerzeit für die Errichtung des Bildungsganges beworben, aber nicht den Zuschlag erhalten hatte. Seinerzeit erhielt u.a. die Stadt Münster die Genehmigung zur Errichtung.

2. Ktabg. Vogelpohl fragt nach dem Sachstand in Sachen Sicherstellung der gewerblich-technischen Bildungsgänge, die in der Ausschuss-Sitzung am 11.06.2024 beraten worden seien. Dez. Schütt teilt mit, dass der Bildungsgang „Elektroniker“ zwischenzeitlich genügend Anmeldungen an beiden Standorten habe und daher unproblematisch geworden sei. Für den Bildungsgang „Anlagenmechaniker Sanitär-, Heizung-, Klimatechnik“ (=Versorger) habe sich eine fachspezifische Arbeitsgruppe getroffen und Handlungspunkte entwickelt, die in Kürze mit der Bezirksregierung Münster näher beraten werden sollen, um so auf einen Erhalt dieses Bildungsganges an beiden Standorten hinzuwirken.